

**VORSTELLUNG DES HAUSHALTES 2024
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS**

Oliver Paasch

Ministerpräsident, Minister für Finanzen

16. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

vor einem Monat haben wir Ihnen an dieser Stelle
unser inhaltliches Programm
für die kommenden Monate vorgestellt.

Wir haben in unserer Regierungserklärung vom 18. September aufgezeigt,
dass es uns trotz aller Krisen bereits gelungen ist,
mehr als 80 % aller Vorhaben zu verwirklichen,
die wir nach den letzten Wahlen für diese Legislaturperiode angekündigt hatten.

Wenn man bedenkt,
dass es seit dem 2. Weltkrieg keine Periode
mit derart einschneidenden Krisen gegeben hat;
ist das zumindest nicht selbstverständlich.

Gleichzeitig haben wir für die kommenden Monate
30 weitere Dekretvorhaben und zahlreiche Projekte angekündigt,
die dazu beitragen werden,
die Lebensqualität in unserer Heimat weiter zu verbessern
und unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode etwa 90 % aller Projekte umgesetzt haben,
die wir uns 2019 in unserem Regierungsprogramm vorgenommen hatten.

Damit sind wir zufrieden;
zumal es in diesem Regierungsprogramm nicht um Kleinigkeiten, sondern um eine
rekordverdächtige Anzahl
von mitunter grundlegenden Reformen und Verbesserungen
in all unseren Befugnisbereichen ging.

Man denke nur an:

- Unseren Klimaplan

- die Reform der Energieprämien
- die Erhöhung der Zuschüsse für Energiesparmassnahmen
- die neue Förderung von innovativen Klimaprojekten in den Gemeinden.

Oder an:

- unsere Anstrengungen, um als ländlicher Raum in einer zunehmend digitalisierten Welt zukunftsfähig zu sein,
- die Ausstattung der gesamten DG mit Glasfaser
- die Ausstattung von Schulen mit modernen Endgeräten, zeitgemäßer Software und IT-Beauftragten.

Oder an:

- unsere Initiativen gegen den Fachkräftemangel
- die Reform der Berufsorientierung in unseren Schulen,
- die Einführung eines neuen, in Europa einzigartigen Stipendiensystems
- die weichenstellenden beschäftigungspolitischen Reformen, um Menschen schneller in Arbeit zu bringen;
- die Aufwertung der technischen Ausbildungen

Man denke

- nur an die Reformen in der Bildungspolitik;
- die Aufwertung der Kindergärten,
- die Verringerung der Schulbesuchskosten zur Entlastung der Eltern;
- die dienstrechtlichen Verbesserungen zur Aufwertung des Lehrerberufs;
- die Verbesserungen bei der Förderung der Mehrsprachigkeit;
- die Verbesserungen im Bereich der politischen Bildung;
- die Aufwertung von Führungskräften im Schulwesen
- die Schaffung eines Vertreterpools für erkrankte Lehrpersonen
- die massive Aufwertung der Kinderbetreuungsangebote
- die Aufwertung der Pflegeberufe in WPZS;

Oder an

- die angekündigten Verbesserungen im Bereich der mentalen Gesundheit
- die Stärkung unserer Krankenhäuser
- die Reform der Jugendhilfe
- die Aufwertung der Kulturangebote;
- die verbesserte Sportförderung
- die auf den Weg gebrachte neue Ausgestaltung der Wohnungsbaupolitik
- die Aufwertung der Jugendarbeit
- die verbesserten Rahmenbedingungen für Kreative Ateliers und Ferienangebote
- den neuen Rechtsrahmen für die Solidarwirtschaft
- oder an das 600 Millionen schwere Konjunkturprogramm, das wir entwickelt haben, um die richtigen Lehren aus den Krisen zu ziehen

und vieles andere mehr.

Das ist wahrlich kein Lärm um nichts.

Mit all diesen Reformen, Projekten und Initiativen verbessern wir die Lebensqualität in unserer Heimat, die Lebensperspektiven der Menschen, die hier leben, und die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft.

Was aber bedeutet nun dieses inhaltliche Programm für die Finanzen unserer Gemeinschaft?

Auf diese Frage werden wir heute antworten.

Heute wollen wir darlegen, welche finanziellen Auswirkungen all diese Reformen auf unsere kurz- und mittelfristigen Haushaltsergebnisse haben.

Mit den heute hinterlegten Haushaltsentwürfen beweisen wir, dass wir in der Lage sind, alle bereits beschlossenen und alle in unserer Regierungserklärung vor einem Monat angekündigten Vorhaben zu finanzieren und gleichzeitig unsere finanzpolitischen Ziele zu erreichen.

Wir hinterlegen heute zunächst, wie üblich, die endgültige Abrechnung für das vergangene Jahr 2022 und die 2. Haushaltanpassung für das laufende Jahr 2023.

Demzufolge verbessert sich das endgültige Haushaltsergebnis für das Jahr 2022 um 10,4 Millionen EUR.

Es ist uns also erneut gelungen, im Ergebnis deutlich besser abzuschneiden als in der Haushaltsplanung vorgesehen.

Das ist nicht zuletzt auf die konsequente und überaus wirksame **Durchforstung der sogenannten fakultativen Ausgaben** zurückzuführen.

Der SEC-Saldo (also das endgültige Ergebnis nach den europäischen Buchhaltungsregeln) hat sich 2022 sogar um fast 39 Millionen EUR verbessert.

Im Jahre 2020 hatten wir im laufenden Haushalt um 15,3 Millionen EUR besser abgeschnitten als im Haushalt vorgesehen.

2021 fiel das laufende Haushaltsergebnis sogar um 20,1 Millionen besser ab als geplant.

Und 2022 sind es 10,4 Millionen EUR.

Der Trend bestätigt sich also:

Wir geben bei weitem nicht alle Gelder aus, die wir ausgeben dürften.

Wir sparen überall dort, wo wir das für möglich und verantwortbar halten.

Wir verzichten zwar auf sozial unverträgliche Sparmassnahmen, aber wir haben durch die rigorose Durchforstung der laufenden Ausgaben schon mehr als 45 Millionen EUR einsparen können.

Der SEC Saldo, also das Haushaltsergebnis nach den europäischen Buchhaltungsregeln, hat sich übrigens im selben Zeitraum – also innerhalb von 3 Jahren – kumuliert um mehr als 100 Millionen EUR verbessert.

Das wiederum ist vor allem auf die Verschiebung von Infrastrukturprojekten zurückzuführen.

Aussagekräftiger als der SEC Saldo ist natürlich wie immer das laufende Haushaltsergebnis.

Wie sieht es nun in diesem Jahr aus und welche Veränderung sehen wir für das kommende Jahr vor?

Jedem Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa wird aufgefallen sein, dass sich die makroökonomischen Parameter in den letzten Monaten noch einmal verschlechtert haben.

Die Weltwirtschaft ist noch nie so langsam gewachsen wie heute.

Die Zinsen sind noch nie so schnell gestiegen wie in den letzten Monaten.

Die größte Volkswirtschaft der EU rutscht sogar in eine Rezession ab.

Und Belgien korrigiert seine Konjunkturprognosen für das kommende Jahr folgerichtig nach unten.

Vor 6 Monaten war man in Belgien noch davon ausgegangen, dass die Wirtschaft um 1,7 % wachsen würde.

Jetzt sollen es nur noch 1,3 % sein.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Inflation auf einem hohen Niveau verharret.

Sie geht bei weitem nicht so schnell zurück, wie manch ein Experte erhofft hatte.

Die Inflationskrise ist noch nicht überwunden.

Für 2024 rechnet das Planbüro immer noch mit einer Inflation von 4,1 %.

Das ist durchaus beunruhigend;

zumal Gesundheits- und Verbraucherindex zu unseren Ungunsten auseinanderdriften.

Diese düsteren makroökonomischen Entwicklungen beeinträchtigen unsere finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten.

Schon bei der Vorstellung des Ursprungshaushaltes 2023 – also vor einem Jahr – habe ich gesagt:

„Die 4 globalen Krisen, die wir derzeit erleben, stellen uns vor nie gekannte Herausforderungen. Der Weg aus diesen Krisen wird kein einfacher sein.“

Diese Prognose bewahrheitet sich leider.

Dennoch verbessert sich unser laufendes Haushaltsergebnis 2023 mit der heute vorliegende 2. Anpassung um 14,1 Millionen EUR.

Das SEC-Ergebnis – also das Haushaltsergebnis nach den europäischen Buchhaltungskriterien, verbessert sich sogar um 77,2 Millionen EUR.

Letzteres liegt aber vor allem daran, dass viele Antragsteller ihre Infrastrukturvorhaben auf das kommende Jahr verschoben haben.

Darüber hatte ich das Parlament schon im Rahmen der gemeinsamen Ausschusssitzung informiert.

Diese Verschiebung entlastet zwar den Haushalt 2023; führt aber zu einer Mehrbelastung im Jahre 2024.

Mit dem Haushalt 2024 schaffen wir die finanzpolitische Grundlage für die Umsetzung unserer inhaltlichen Projekte, von denen ich eingangs gesprochen habe.

Ich werde heute nur die wichtigsten Entwicklungen zusammenfassen.

Die Einzelheiten können Sie in der mehr als tausend Seiten umfassenden Rechtfertigungserklärung zu unseren Haushaltsentwürfen nachlesen.

Im kommenden Jahr werden wir den laufenden Bildungshaushalt unserer Gemeinschaft, jährlich wiederkehrend um knapp 4 Millionen EUR erhöhen.

Insgesamt haben wir den Bildungshaushalt in dieser Legislaturperiode somit um knapp 45 Millionen EUR erhöht – jährlich wiederkehrend.

Das ist enorm.

Das entspricht einem Anstieg um fast 36 % innerhalb von nur 5 Jahren.

Mit diesen massiven Erhöhungen
finanzieren wir zum Beispiel
die Einstellung von zusätzlichen Kindergartenassistenten.

Insgesamt werden wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode
fast 60 zusätzliche Vollzeitstellen für Kindergartenassistenten geschaffen haben,
um möglichst optimale Voraussetzungen dafür zu schaffen,
dass ab dem kommenden Schuljahr die 2,5 Jährigen
in unseren Kindergärten willkommen geheißen werden können.

Mit den Erhöhungen des Bildungshaushaltes finanzieren wir
zB

auch das neue Stipendiensystem,
die deutliche Verbesserung des Stellenkapitals für unsere Kindergärten,
das Mentoring für Neueinsteiger in den Lehrerberuf,
den Vertretungspool für erkrankte Lehrpersonen,
die spürbare Aufwertung der Führungskräfte in den Schulen,
die Einstellung von zusätzlichen Middle Managern,
die Stärkung der Verwaltungsstrukturen in unseren Schulen
die Reform der Berufsorientierung,
die Gehaltserhöhungen,
die Gewährung einer zusätzlichen Biennale für Lehrpersonen,
die Erhöhung des Urlaubsgeldes,
die Anerkennung von im Ausland erbrachten Diensten,
die Aufwertung der Internetaufseher,
die Einstellung von Fördergrundschulassistenten,
die Einstellung von IT Beauftragten in Sekundarschulen,
die Aufwertung der Praktikantenbetreuung,
die Einstellung von zusätzlichem Personal an der AHS,
die Aufwertung der Musikakademie
und die deutliche Erhöhung des Stellenkapitals für erstankommende Schüler

Bedeutende zusätzliche Finanzmittel gibt es zudem für die Sprachförderung, die Inklusion
und die Verringerung der Schulbesuchskosten zur finanziellen Entlastung der Eltern.

Darüber hinaus haben wir die Funktionssubventionen für unsere Schulen über die
Inflationsrate hinaus angehoben.

Das FSU beispielsweise erhält heute 26 % mehr Funktionssubventionen als vor 4 Jahren.

Die Mittel für die mittelständische Ausbildung werden im kommen Jahr ebenfalls angehoben.

Wir haben unsere Investitionen in die duale Ausbildung in den letzten 4 Jahren um 45 %
erhöht.

Das ist die höchste Steigerungsrage,
die dieser Bereich jemals innerhalb einer Legislaturperiode erfahren hat.

Mit den zusätzlichen Finanzmitteln ermöglichen wir unter anderem

- den Start- und Praktikumsbonus (225.000 EUR)
- neue Ausbildungsangebote
- neue Teilqualifizierungsangebote
- die Aufwertung von Gehältern
- die Institutionalisierung von BIDA-Stellen
- neue pädagogische Konzepte und Weiterbildungsangebote
- modernere Ausstattungen
- die Institutionalisierung der Anlehre
- die Schaffung zusätzlicher Stellen beim ZAWM

Hinzukommt der gelungene Ankauf eines Geländes in St.Vith,
auf dem das ZAWM ein neues, zeitgemäßes Gebäude
als Teil des Technologiezentrums
für die Eifel errichten wird.

Mehr Geld wird es im kommenden Jahr auch für die politische Bildung geben.

Wir schaffen zBmit dem Haushalt 2024 eine eigene Zuweisung für das IDP.

Insgesamt investieren im kommenden Jahr 165 Millionen EUR in Unterricht und Ausbildung.
Das hat es noch nie gegeben.

Beachtliche Erhöhungen haben wir auch für den Sozialbereich eingeplant.

Wir erhöhen im kommenden Jahr zum Beispiel die Mittel für das Kindergeld um 7 %
und halten im Gegensatz zu anderen am Prinzip der Indexierung fest.

Seit 2019 haben wir unsere finanziellen Anstrengungen für die Familien um 18 % verstärkt.

Wir werden 2024 insgesamt 46,4 Millionen EUR,
also knapp 10 % unseres gesamten laufenden Ausgabenhaushaltes
für die Auszahlung von Familienleistungen zur Verfügung stellen.

Es bleibt dabei:

Wir haben das gerechteste und das am besten finanzierte Kindergeldsystem im ganzen Land.

Und weil uns das Wohl der Familien und Kinder ganz besonders am Herzen liegt,
halten wir an unserem Ziel fest,
bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine europäische Modellregion zu werden.

Wir halten an unserem Ziel fest,
jedem Kind, das einen Betreuungsplatz braucht,
einen Betreuungsplatz anzubieten;
ohne lange Wartelisten und zu sozial verträglichen Tarifen.

Im kommenden Jahr erhöhen wir unsere Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote deshalb
um sage und schreibe 2,25 Millionen EUR.
2,25 Millionen jährlich wiederkehrend!

Das entspricht einer Steigerungsrate von 26 %.

26 % mehr für die Kinderbetreuung im Jahre 2024.

Seit 2019 haben wir unsere jährlichen Investitionen in die Kinderbetreuung glatt vervierfacht.
Nicht verdoppelt; nicht verdreifacht, sondern vervierfacht!

Von 2,5 Millionen EUR im Jahre 2019 auf 10,7 Millionen EUR im Jahre 2024.

Mit diesen Erhöhungen finanzieren wir u.a.:

- die Anhebung der Kostenpauschalen für konventionierte Tagesmütter auf den höchstmöglichen Satz
- die Erhöhung der Zuwendung an STM
- die Erhöhung von Aufwandsentschädigungen und Weiterbildungsprämien;
- die Einrichtung zusätzlicher Standorte für die außerschulischen Betreuung;
- die Schaffung von zusätzlichen Kinderkrippenplätzen;
- die Schaffung von neuen Co-Strukturen und neuen wohnortsnahen Kinderbetreuungsangeboten;
- die Einrichtung von neuen Kinderhorten;
- und nicht zuletzt die Reform des RZKB bzw. die Angebote des neu geschaffenen Zentrums für die Kinderbetreuung, das ab Januar 2024 das Personal und die Aufgaben des RZKB übernimmt. Damit verbunden sind das Angebot eines Vollstatuts für Tagesmütter und die Möglichkeit für Kinderbetreuer, in der außerschulischen Betreuung vollzeitige Arbeitsverträge zu erhalten.

Das sind ganz wichtige Errungenschaften.

Das eröffnet neue, hochinteressante Perspektiven.

Die neue Einrichtung wird eine jährliche, indexierte Dotation von immerhin knapp 8 Millionen EUR erhalten.

Eine spürbare Aufwertung haben wir in dieser Legislaturperiode auch für die sozialen Organisationen in unserer Gemeinschaft vorgenommen.

Wir haben unsere Zuschüsse an soziale Organisationen seit 2019 um 75 % angehoben.

Wir stellen sozialen Einrichtungen wie Prisma, Telefonhilfe, SOS Hilfe, Info Integration,

Sprach- und Integrationskursen, der VZS, den Lebensmitteldatenbanken, Dabei, Fahrmit und den sozialen Treffpunkten wie Ephata, Viertelhaus Cardijn, Haus der Familie, Patchwork und Dorfhaus Eynatten

im kommenden Jahr insgesamt 5 Millionen EUR zur Verfügung.

Vor 4 Jahren waren es noch 2,8 Millionen.

Die Zuschüsse für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung haben wir im selben Zeitraum sogar vervierfacht.

Um Menschen schneller in Arbeit zu bringen, haben wir bekanntlich mehrere tiefgreifende Arbeitsmarktreformen beschlossen.

Um die Wirksamkeit unserer Maßnahmen zu verstärken und den NKS zu entlasten, werden wir jetzt die ACTIF und ACTIF+- Zuschüsse zum 01. Januar 2024 um 7,35% erhöhen und somit der gestiegenen Inflation Rechnung tragen.

Für die Seniorenpflege werden wir ebenfalls zusätzliche Mittel bereitstellen.

Nachdem wir den Wohn- und Pflegezentren für Senioren in den letzten beiden Jahren bereits einen Inflationsausgleich von 14,5 % gewährt hatten, erhöhen wir unsere Zuwendungen jetzt noch einmal um durchschnittlich 7 %.

Seit 2019 sind unsere Ausgaben für die WPZS um 68 % gestiegen.

Wir investieren heute pro Jahr fast 19 Millionen EUR mehr in die Seniorenpolitik als vor 4 Jahren.

Daran wird erkennbar, welche Bedeutung wir den Senioren in unserer Gesellschaft beimessen.

Wenn wir die Lebensqualität hierzulande weiter verbessern wollen, dann müssen wir den sozialen Zusammenhalt stärken und dafür sorgen, dass man in unserer Gemeinschaft selbstbestimmt und in Würde altern kann.

Kaum ein Zuständigkeitsbereich hat eine so hohe Aufwertung erfahren.

Wir haben zum Beispiel die Gehälter des Pflegepersonals in 2 Etappen um bis zu 19 % angehoben.

Das hat keine andere Region oder Gemeinschaft in Belgien getan.

Das hat leider auch der Föderalstaat bislang noch nicht für seinen Zuständigkeitsbereich getan.

Allein für die Aufwertung dieser Gehälter bringen wir zusätzliche Mittel in Höhe von 7 Millionen EUR pro Jahr auf.

Wir haben zudem zusätzliche Plätze in den WPSZ finanziert und werden weitere Plätze ermöglichen.

Wir stellen bedeutende zusätzliche Gelder zur Verfügung, um betreute Wohnungen und alternative Wohnformen einzurichten.

Wir haben in den WPZS zusätzliche 16 VZÄ für Alltagsbegleiter ermöglicht, um das Pflegepersonal zu entlasten.

Das entsprechende Pilotprojekt werden wir dauerhaft absichern.

Dafür sehen wir jetzt knapp 800.000 EUR pro Jahr vor.

Und wir haben entschieden, eine 3. Nachtwache und Wohnbereichshilfen zu finanzieren.

Dafür stellen wir zusätzlich ca 400.000 EUR bereit.

Uns ist aber trotz all dieser Anstrengungen und der enormen Steigerungsrate unserer finanziellen Zuwendungen sehr wohl bewusst, dass die WPZS weiterhin vor sehr großen Herausforderungen stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Haushaltsplanung ist die Gesundheitsversorgung.

Wir erhöhen im kommenden Jahr unsere Zuwendungen für die Gesundheitspolitik um 2,4 Millionen EUR.

So stellen wir beispielsweise zusätzliche Mittel zur Verfügung für die Langzeitrehabilitation, die mentale Gesundheit, das BTZ, Impulso und zahlreiche Initiativen zur Gesundheitsprävention

Insgesamt werden wir unsere Investitionen in die Gesundheitspolitik am Ende dieser Legislaturperiode mehr als verdoppelt haben.

Von jährlich 5,3 Millionen im Jahre 2019 auf 11,4 Millionen im kommenden Jahr 2024

Überdies halten wir an unserer Bereitschaft fest, die Verbesserung der Infrastruktur unserer Krankenhäuser mit 150 Millionen EUR zu bezuschussen.

Auch in der Wohnungsbaupolitik, für die ja erst seit wenigen Jahren zuständig sind, halten wir unsere Versprechen ein.

Wir haben den versprochenen Dekretentwurf zur Ausgestaltung der Wohnungsbaupolitik mittlerweile ausgearbeitet.

Dabei tragen wir den Empfehlungen der AG Wohnungsbau, des Bürgerdialogs und der Diskussion über die bereits hinterlegte Orientierungsnote Rechnung.

In unserer Finanzplanung haben wir bis 2026 Investitionen von 30 Millionen EUR eingeplant, um öffentliche Wohnungen energetisch sanieren und neue Wohnungen bauen zu können.

Seit der Fusion der beiden Bau- und Immobilienverwaltungsgesellschaften vor knapp 2 Jahren haben wir der neu gegründeten bereits 12 Millionen EUR zur Verfügung gestellt.

Hinzukommen weitere Auszahlungen in Höhe von mehr als 600.000 EUR für Sozialreferenten, Mietausfälle und die Verringerung der Mieten für Kinder zu Lasten.

Um bezahlbaren Wohnraum in Ostbelgien zu fördern, beteiligen wir uns ferner über die PORMA AG mit 1,5 Millionen EUR am Kapital der neu gegründeten Gesellschaft Inclusio Ostbelgien.

Unsere Versprechungen zum Klimaschutz halten wir ebenfalls ein.

Es bleibt bei den 181,5 Millionen EUR, die wir hierfür vorgesehen hatten.

Die Energieprämien für private Haushalte haben wir seit Übernahme dieser Zuständigkeit von der WR glatt verachtfacht.

Im kommenden Jahr tragen wir hierfür 4 Millionen EUR ein.

Mittlerweile haben wir aus der Bevölkerung bereits 1500 Anträge auf Energieprämien erhalten.

Durch unsere Reform des sogenannten ehemaligen UREBA-Programms der WR gewähren wir Vereinen und Gemeinden unbürokratisch Zuschüsse in Höhe von 80 % für energieeffizienzsteigernde Infrastrukturvorhaben.

Dafür haben wir jetzt 20 Millionen EUR eingeplant.

Diese Summe wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Auch das ist ein sehr konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

Kolleginnen und Kollegen,

Sie werden sich daran erinnern,
dass wir zu Beginn dieser Legislaturperiode auch eine Aufwertung der Kulturpolitik,
der Jugendarbeit, der kreativen Ateliers
und der Sportförderung angekündigt hatten.

Wie wir in unserer Regierungserklärung vor 1 Monat
noch einmal hervorgehoben haben,
sind diese Bereiche aus unserer Sicht besonders wichtig,
um das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit die Lebensqualität in unserer Heimat zu
stärken.

Deshalb haben wir unsere Zuwendungen an die Jugendorganisationen und -einrichtungen
innerhalb von 5 Jahren um 40 % ausgebaut.

Von 2 Millionen im Jahre 2019 auf 2,9 Millionen im kommenden Jahr.

Noch deutlicher fällt die Aufwertung im Kulturbereich aus.

Wir haben die Finanzmittel für die Kulturpolitik seit 2019
um knapp 80 % erhöht.

Von 3,8 Millionen EUR zu Beginn dieser Legislaturperiode auf 6,8 Millionen im kommenden
Jahr.

So werden wir zum Beispiel im kommenden Jahr die Zuschüsse für Kreative Ateliers
auf der Grundlage der beschlossenen Reform mehr als verdoppeln

Die Zuschüsse an Föderkam werden nächstes Jahr ebenfalls mehr als verdoppelt.

Ähnlich sind wir bei der Sportförderung vorgegangen.

Seit 2019 haben wir auch die Finanzmittel für den Sport mehr als verdoppelt.

Von 905.000 EUR im Jahre 2019 auf 2,2 Millionen im Jahre 2024.

Sie sehen, wir stehen zu unserer Verantwortung,
den Jugendorganisationen, den Kulturschaffenden und den Sportlern in unserer Gemeinschaft
möglichst optimale Rahmenbedingungen anzubieten.

Das gilt im Übrigen nicht nur für Personal- und Funktionszuschüsse,
das gilt auch für die Infrastruktur.

Der aktualisierte Infrastrukturplan für die Jahre 2023 und 2024
enthält 313 konkrete Infrastrukturvorhaben von Gemeinden, Vereinen und gemeinnützigen
Einrichtungen,
für die wir knapp 200 Millionen EUR zur Verfügung stellen.

Infrastrukturzuschüsse in Höhe von 200 Millionen EUR
innerhalb von 2 Jahren–
das ist zweifelsfrei eine gewaltige finanzpolitische Anstrengung für unsere Gemeinschaft
Das entspricht fast der Hälfte unserer jährlichen Einnahmen.

Eine gewaltige Anstrengung,
die aber ausdrücklich zu unserer finanzpolitischen Strategie gehört;
die wir angekündigt hatten,
um die richtigen Lehren aus den Krisen zu ziehen
und die Chancen,
die solchen Krisen innewohnen,
nutzen zu können.

Das ist eine Anstrengung,
die wir uns leisten können und leisten sollten,
weil sie die getreu unserer Regierungserklärung
in vielerlei Hinsicht dazu beiträgt,
unsere Lebensqualität zu erhalten und unsere Zukunftsfähigkeit zu verbessern.

Das möchte ich gerne an einigen konkreten Beispielen verdeutlichen:

So werden wir zum Beispiel 60 % der Kosten übernehmen für

- den Neubau der Polizeiwache auf Morsheck in der Eifel (2,8 Millionen)
- den Ankauf eines Geländes für das neue Polizeigebäude in Eupen (931.000)
- die Sanierung des Komplexes an der **Hillstrasse 1-7** in Eupen (6 Millionen)
- den Neubau eines Bauhofs in Büllingen (3,1 Millionen)
- die energetische Sanierung des Bauhofs in Kelmis.

Für folgende Projekte werden wir zum Beispiel 80 % der Kosten übernehmen:

- die Energiesparmassnahmen in der GS Aldringen (460.000)
- Den Neubau der Schule Herbesthal (10,8 Millionen)
- Den Neubau der GS Emmels (3,6 Millionen EUR)
- Den Neubau der GS Lichtenbusch (8,2 Millionen)
- Ein Nahwärmenetz in Eynatten
- Die Erweiterung der GS in Raeren (1,1 Millionen)
- Die Erweiterung der GS Eynatten (602.000)
- Den Ausbau des Kiga in Büllingen und die AUBE (2,3 Millionen)
- Die energetische Sanierung der GS Kelmis (914.000)
- Die Renovierung und Erweiterung der Tagesstätte in Meyerode (2,7 Millionen)
- Die Anschaffung eines MRT-Geräts für das Krankenhaus in St.Vith (2 Millionen)

Zu 60 % wiederum übernehmen wir die Kosten für

- Mehrere Dorfhäuser,
- Den Bau des Blausteinmuseums in Recht (1 Million)

- Den Neubau einer Turnhalle für den TSV St.Vith (knapp 1 Million)
- Den Neubau einer Fußball Kantine für die Kickers Rodt
- Die Renovierung und den Anbau einer Fußballkantine für die Jrashoppers in Schönberg
- Das Anlegen von Padelplätzen für den TC Kelmis
- Die Erneuerung der Fluchtlichtanlage für den KFC Rocherath
- Die Instandsetzung vieler Spielplätze in mehreren Gemeinden
- Die Sanierung der Leichtathletikbahn am König Baudouin Stadion in Eupen (1,2 Millionen)
- Den Neubau einer Sporthalle in Eynatten
- Die energieeffiziente Sanierung der Sporthalle in Rocherath (knapp 2 Millionen)
- Die Erneuerung von Kunstrasenplätzen
- Den Neubau der touristischen Informationsstelle in Kelmis
- Die Sanierung mehrerer Kirchen und Kapellen
- Die Errichtung einer Kinderkrippe in Raeren (1,2 Millionen)
- Die Einrichtung einer Kinderkrippe in Eupen (2 Millionen)
- Die Erweiterung der Kinderkrippe in St.Vith (7500000)
- Den Neubau eines Verwaltungszentrums für den häuslichen Pflegedienst VIVADOM in Eupen (knapp 2 Millionen)
- Den Neubau des Sozialbetriebs INTEGO (5,4 Millionen)
- Den Bau einer Immobilie mit 28 betreuten Wohnungen für Senioren und begleitetem Wohnen für Menschen mit einer Beeinträchtigung (10,8 Millionen)
- Den Ankauf der Residenz Leoni in Kelmis (insgesamt 11,4 Millionen)
- Das Seniorendorfhaus in Grüfflingen
- Das Seniorendorfhaus in Amel
- Die Renovierungsarbeiten im Wohn- und Pflegezentrum des ÖSHZ in Eupen
- Die Neugestaltung des Kirchplatzes in Kelmis (2,6 Millionen)
- Die Erweiterung des Gewerbeparks in Grüfflingen (2,6 Millionen)
- Die Neugestaltungsarbeiten im Gewerbepark Eupen (1,6 Millionen)

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Insgesamt bezuschussen wir also mit 200 Millionen EUR
313 sehr konkrete Infrastrukturprojekte,
die der Lebensqualität in Ostbelgien dienen.

Bei der Vorbereitung dieses Infrastrukturplans haben wir wie immer auf Dialog gesetzt.

Jedes einzelne dieser 313 Projekt haben wir im Rahmen des sogenannten Gemeindemarathons mit den Gemeindegremien besprochen.

Nicht enthalten in dieser Auflistung sind übrigens unsere Investitionen in den flächendeckenden Glasfaserausbau. Die kommen noch hinzu. In der Summe sehen wir für dieses Vorhaben 40 Millionen EUR vor.

Außerdem haben wir in diesem Jahr Investitionen in Höhe von knapp 40 Millionen EUR für Ausstattungen und Ausrüstungen eingeplant.

Davon werden vor allem die beiden Krankenhäuser profitieren.

Und wir haben entschieden,
den Gemeinden und Vereinen in der Inflationskrise dabei zu helfen,
die gestiegenen Preise zu schultern.

Für Mehrkosten im Rahmen von Preisrevisionen
haben wir Zuschüsse in Höhe von 4 Millionen EUR eingetragen.

Wir stehen also weiterhin zu unserer ehrgeizigen Investitionspolitik.

Wir stehen auch weiterhin zu unserem langfristig angelegten Konjunkturprogramm
in Höhe von 600 Millionen EUR.

Mit diesem Programm investieren wir
in die Modernisierung unserer Krankenhäuser,
den Ausbau von Wohn- und Pflegezentren für Senioren,
die Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsangeboten,
die Sanierung zahlreicher Schulen, vor allem in St.Vith und Kelmis, den Wohnungsbau, die
Digitalisierung und nicht zuletzt in die Reduzierung unseres Energieverbrauchs.

Das sind Investitionen in unsere Zukunftsfähigkeit.

Sie helfen uns dabei, unsere Gemeinschaft fit für die Zukunft zu machen.

Uns ist bewusst, dass dadurch der Schuldenstand steigt.

Das sind ehrgeizige Haushaltspläne.

Wir bleiben aber bei unserer Überzeugung,
dass am Ende nichts teurer ist,
als jetzt nicht in den Klimaschutz, die Bildung oder unsere Gesundheitsversorgung zu
investieren.

Wir belasten mit diesen Investitionen zwar die Haushalte der nächsten Jahre;
aber wir entlasten damit massiv kommende Haushalte und Generationen.

Kolleginnen und Kollegen,

ich darf daran erinnern, dass wir vor dem Ausbruch der Coronakrise,
der einzige Gliedstaat in Belgien gewesen sind,
dem es gelungen war,
ausgeglichene Haushaltsergebnisse zu erzielen.

Der Haushalt der DG war vor Corona strukturell,
sogar nach den strengen europäischen Buchhaltungskriterien,
im Gleichgewicht.

Keine andere Gemeinschaft, keine Region in Belgien hatte das geschafft.

Der laufende Haushaltsentwurf unserer Gemeinschaft enthielt vor dem Ausbruch der Coronakrise sogar einen Überschuss von 11 Millionen EUR.

Die Coronakrise hat uns jedoch gezwungen, von diesem Pfad der haushaltspolitischen Tugend abzuweichen.

Wir mussten das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts aufgeben, um den Menschen in unserer Heimat helfen zu können, die Krise zu überstehen.

Nach der Coronakrise brach dann eine Jahrhundertflut über Teile unseres Gebietes herein.

Zusätzliche Hilfspakete mussten geschnürt werden.

Dann kam Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, eine Energiekrise und eine immer noch andauernde Inflationskrise.

Die Hilfspakete, die wir erarbeitet haben, um gegen all diese Krisen anzukämpfen, kosten uns mehr als 300 Millionen EUR.

300 Millionen EUR, die wir festgelegt haben, um zum Beispiel unseren Schulen, Wohn- und Pflegezentren für Senioren, Krankenhäusern, Kinderkrippen, Tagesmüttern, BW, Vereinen, Sozialbetrieben, Jugendorganisationen, Kulturschaffenden, den Gemeinden, Einzelhändlern oder auch den Kontaktberufen dabei zu helfen, diese Krisen zu überstehen.

Um das tun zu können, haben wir unsere finanzpolitische Strategie nach dem Ausbruch der Coronakrise angepasst.

Wir haben uns im April 2020 dazu entschlossen, die schwarze Null vorübergehend aufzugeben.

Wer in solchen Krisen helfen will, der kommt nicht umhin neue Schulden zu machen.

Das gilt für uns genauso wie für den Rest der Welt.

Die 4 gewaltigen Krisen, die wir seit 2020 erleben, haben alle Staaten und Regionen in Europa gezwungen, neue Schulden zu machen.

Wichtig ist dabei jedoch, dass man sich nicht überschuldet

und nach den Krisen möglichst schnell wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückfindet.

Genau das hatten wir uns mit unserer krisenbedingt angepassten finanzpolitischen Strategie im April 2020 vorgenommen.

Wir haben damals erstens festgehalten, dass wir den laufenden Haushalt schon im Jahre 2025 wieder ins Gleichgewicht bringen wollen.

Zweitens wollten wir nach 2028 auf die Neutralisierung von Investitionen verzichten können.

Und drittens wollten wir die objektive Obergrenze für die Verschuldung – gemessen an unserer Rückzahlungsfähigkeit (Schuldendienstdeckungsgrad) auf keinen Fall und zu keinem Zeitpunkt überschreiten.

Das waren die 3 Ziele, die wir uns vorgenommen hatten.

Heute – 3 Jahre später - stellt sich natürlich die Frage: werden wir diese Ziele erreichen?

In einem Wort zusammengefasst lautet die Antwort: ja.

Beginnen wir mit der Verschuldung:

Wir haben in dieser Legislaturperiode neue Schulden gemacht, um krisenbedingte Hilfspakete schnüren und die richtigen Lehren aus den Krisen finanzieren zu können.

Ohne diese Krisen hätten wir in dieser Legislaturperiode keine neuen Schulden gemacht.

Unsere Investitionsfähigkeit wäre zwar kleiner gewesen, aber wir hätten an ausgeglichenen Haushaltergebnissen festgehalten.

Jetzt aber nutzen wir die Chancen, die sich aus Krisen ergeben, um mit einem 600 Millionen schweren Investitionsprogramm unsere Lebensqualität zu verbessern und unsere Gemeinschaft krisenresilienter und zukunftsfähig zu machen.

Dadurch steigt die Verschuldung unserer Gemeinschaft an. Das ist wahr.

Aber sie bleibt deutlich unterhalb der Obergrenze.

Der Schuldendienstdeckungsgrad unserer Gemeinschaft wird im kommenden Jahr 11,3 % betragen.

Also weit unter der Obergrenze von 25 %.

Die Zinslastquote liegt im kommenden Jahr bei 2,6 %.

Auch das ist im nationalen und internationalen Vergleich ein guter Wert.

Unsere Verschuldung bleibt also verkraftbar.

Kommen wir zu Haushaltsergebnissen:

Wie angekündigt wird der laufende Haushalt 2024 mit 35,2 Millionen noch defizitär sein.

Da gibt es nicht schönzureden.

Wie angekündigt,
greifen wir 2024 noch auf die Technik der Neutralisierung zurück – und zwar in einer Größenordnung von 114 Millionen EUR.

Auch das ist wahr.

Aber schon im Jahr 2025 können wir wieder die schwarze Null im laufenden Haushalt erreichen.

Das behaupte ich nicht nur. Das beweisen wir Ihnen heute.

Wie versprochen,
hinterlegen wir heute einen Doppelhaushalt.

Die Regierung hat nicht nur einen Haushalt für das Jahr 2024
sondern auch einen Haushalt für das Jahr 2025 genehmigt.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir hinterlegen heute einen ausgeglichenen laufenden Haushalt für das Jahr 2025.

Dieser Haushalt ist zwar für die kommende Regierung logischerweise juristisch nicht bindend;

aber wenn die kommende Regierung den heute hinterlegten Haushalt so ausführt,
wie wir ihn genehmigt haben (und nichts hindert sie daran),
dann wird sie ein ausgeglichenes laufendes Haushaltergebnis erreichen.

Genau das hatten wir uns mit unserer eben in Erinnerung gerufenen
angepassten finanzpolitischen Strategie vorgenommen.

Wir wollten in dieser Legislaturperiode alle Voraussetzungen dafür schaffen,
2025 wieder zu einem laufenden Haushaltsgleichgewicht zurückzukehren.

Das haben wir getan. Das ist uns gelungen.

Genauso wie wir die Voraussetzungen dafür geschafft haben,
nach 2028 auf die Neutralisierung von Investitionen
verzichten zu können.

Das können Sie den heute hinterlegten Dokumenten schwarz auf weiß entnehmen.

Unsere Strategie geht also auf:

Den Menschen in der Krise helfen,
die richtigen Lehren aus den Krisen ziehen,
um unsere Gemeinschaft mit einem Konjunkturprogramm fit für die Zukunft machen,
und trotzdem den Haushalt schnellstmöglich wieder ins Gleichgewicht bringen.

Kurzfristige Bedürfnisse mit langfristigen Interessen verbinden.

Das war unser Ziel. Und das werden wir hinbekommen.

Dass uns das gelingt,
liegt nicht etwa daran,
dass wir mehr Geld bekommen als die anderen Gliedstaaten in Belgien.

Dem ist nicht so.
Wir werden unseren innbelgischen Freunden gegenüber
nicht bevorzugt.

Dass wir diese Ziele erreichen liegt,
wie ich schon mehrfach erläutert habe,
vielmehr daran,

dass wir erstens vor den Krisen unsere Hausaufgaben gemacht und den Gesamthaushalt
strukturell ins Gleichgewicht gebracht hatten;

dass wir zweitens sehr schnell, als erste Gemeinschaft in Belgien, unsere finanzpolitische
Strategie an die Krisen angepasst haben;

dass wir drittens eine vorausschauende Zinspolitik betrieben haben;

dass wir viertens seit Jahren konsequent die laufenden Ausgaben durchforsten und sozial-
verträglich sparen;

und dass fünftens unser Nettozahlerbeitrag zum innerbelgischen Übergangsmechanismus ab
2024 progressiv abgebaut wird.

Kolleginnen und Kollegen,

mit den heute hinterlegten Haushaltentwürfen können wir nachweisen,
dass all unsere Reformen und Initiativen,
die wir ergriffen haben und noch ergreifen werden,
um unsere Lebensqualität zu verbessern und unsere Gemeinschaft fit für die Zukunft zu
machen,
finanzierbar sind.

Selbstverständlich wird die kommende Regierung ebenso wenig im Luxus schwelgen wie die
heutige.

Sie wird am Durchforstungsprozess festhalten müssen;
sie wird weiterhin konsequent (möglichst sozial-verträglich) sparen müssen;
die finanzpolitischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen; die Zeiten werden nicht
unbedingt einfacher werden;
die Inflationskrise ist noch nicht überwunden;
neue Krisen können jederzeit ausbrechen, ...

Aber wir weisen mit heute hinterlegten Haushaltsentwürfen nach, dass unsere finanzpolitische Strategie aufgeht und wir schon im ersten Jahr der kommenden Legislaturperiode wieder zu einem laufenden Haushaltsgleichgewicht zurückkehren können.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit den Schwerpunkten unserer Haushaltspolitik – sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch im Infrastrukturbereich – auf dem richtigen Weg sind.

75 % all unserer laufenden Ausgaben kommen den Bereichen Bildung, Gesundheit, Senioren, Soziales und Arbeitsmarkt zugute.

Ähnlich sieht es im Infrastrukturplan aus.

Das sind die richtigen Prioritäten.

Ich wünsche uns trotz dem näher rückenden Wahltermin konstruktive Haushaltsdebatten und danke für Ihre Aufmerksamkeit.